Abendausgabe

Nr. 435 ♦ 44. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 215

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Mittwoch
14. September 1927

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297

Locarno-Konferenz findet nicht statt.

Keine Debatte über die Rheinlandfrage.

V. Sch. **Genf**, 14. September. (Eigenbericht.)

Während man noch am Montag abend nach den Andeutungen Chamberlains annehmen konnte, daß die Außenminister der Locarnomächte noch vor ihrer Abreise zusammenkommen würden, scheint heute dieser Gedanke wieder ganz aufgegeben zu sein. Sowohl von französischer wie von englischer Seite wird erklärt, daß es eigentlich zurzeit keinen Beratungsstoff für eine solche Aussprache gebe. (?) Die Rheinlandfrage sei nicht aktuell, da alles, was zurzeit für das besetzte Gebiet getan werden könne, durch die Truppenverminderung inzwischen geschehen sei. Außerdem wolle man den kleinen Mächten nicht von neuem Grund zu Mißtrauen und Klagen über Geheimbesprechungen der Großmächte geben.

Auf deutscher Seite wird zugegeben, daß nichts Konkretes von einer solchen Zusammenkunft zu erwarten sei. Im übrigen glaubt man, daß Briand, der gegenwärtig in der Frage der von dem nationalen Block geforderten Abberufung des russischen Botschafters Rakowsky und der künftigen Beziehungen zwischen Frankreich und Sowjetrußland wieder einmal einen schweren Stand innerhalb des französischen Kabinetts hat, sich sehr ungern noch mehr belasten würde durch neue Unterredungen über die Rheinlandfrage, die von seinen innerpolitischen Gegnern gegen ihn ausgebeutet werden könnten.

Es kommen nur noch private Unterredungen zwischen einzelnen Ministern vor ihrer Abreise in Frage. Allerdings wird jetzt die Zeit knapp. Heute nachmittag ist eigentlich der letzte freie Termin für solche Unterredungen, denn am Donnerstag finden am Vor- und Nachmittag die Ratswahlen in der Vollversammlung statt. Am Freitag will Briand zu einer Kabinettssitzung über den Fall Rakowsky auf einen oder zwei Tage nach Paris fahren, um sodann zurückzukehren. Aber inzwischen wird auch Chamberlain abgereist sein.

Säumige Schuldner.

Die südamerikanischen Staaten und China haben ihre finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbund nicht eingehalten und teilweise Rückstände zu decken, die bis zum Jahre 1920 zurückgehen. Trotzdem aber üben sie das Stimmrecht in Genf aus. Das Finanz- und Rechtskomitee des Völkerbundes, dem diese Tatsachen zur Prüfung unterbreitet worden sind, hatte bisher noch nicht den Mut aufgebracht, diesem Skandal durch den Vorschlag ein Ende zu machen, daß das Stimmrecht dieser Staaten bis zur Zahlung der geschuldeten Beträge ruhen soll. Neben China sind Bolivien, Honduras, Nicaragua, Panama, Paraguay und Peru säumige Zahler.

Schandjustiz in Paris.

Ungeheuerliche Gefängnisstrafen gegen Demonstranten.

Paris, 14. September. (Eigenbericht.)

Der „Populaire" protestiert am Mittwoch in scharfer Form gegen die unglaublichen Urteile, die in den letzten Tagen von der Pariser Strafkammer gegen Demonstranten, die bei den Kundgebungen zugunsten Saccos und Vanzettis auf den Pariser Boulevards festgenommen wurden, gefällt worden sind. So sind Kriegsinvaliden, die selbst in keiner Weise an den Manifestationen teilnahmen, aber, als sie von der Polizei ohne Ursache mißhandelt wurden, dagegen protestierten, zu Gefängnisstrafen von 6 bis 18 Monaten ohne Bewilligung von Strafaufschub verurteilt worden; außerdem verhängen die Gerichte hohe Geldstrafen. Trotz günstigsten Leumundszeugnisses wurde ein Angeklagter wegen Teilnahme an der Kundgebung zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt, weil der Staatsanwalt darauf hinwies, daß anläßlich einer Haussuchung bei dem Angeklagten eine Karte der Kommunistischen Partei gefunden wurde. Der „Populaire" schreibt, man glaube in der Tat zu träumen, befinden wir uns in Frankreich oder im faschistischen Italien?

Turatis Freunde vor Gericht.

Langjährige Gefängnisstrafen beantragt.

Rom, 14. September.

Nach Abschluß der Beweisaufnahme im Turati-Prozeß beantragte der Staatsanwalt gegen Oziglia und Ameglio je vier Jahre Gefängnis und 20 000 Lire Geldstrafe, gegen die übrigen Mitangeklagten fünf Jahre und die gleiche Summe, für Albini wegen mangelnder Beweise Freispruch. Das Urteil wird heute gefällt werden.

Bayern in Not.

Einen alarmierenden Aufsatz, dessen Urheber nicht allzu weit von der bayerischen Regierung zu suchen sein dürfte, veröffentlicht die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei im Anschluß an die Rede des Reichsfinanzministers Köhler über die Beamtenbesoldungsvorlage. Zunächst wird anerkannt, daß für die Beamten etwas geschehen müsse. Für Bayern seien jedoch die Wirkungen der Besoldungserhöhung katastrophal. Der bayerische Staat werde rund 65 Millionen Mark neuer Ausgaben haben, ein ähnlich großer Betrag müsse von den Gemeinden getragen werden. Nun hat der Reichsfinanzminister in Magdeburg erklärt, daß Länder und Gemeinden die Deckungsfrage aus eigenen Kräften werden lösen müssen. Hier fährt der Artikel fort:

Wie das gemacht werden soll, dürfte allerdings das Geheimnis des Herrn Reichsfinanzministers bleiben. An Steuermittel ist von vornherein nicht zu denken. Damit bleibt nur der Schuldenweg. Aber wo soll denn das hinführen angesichts der jetzt schon bestehenden Verpflichtungen? Es würde sich schon bis zum endgültigen Finanzausgleich in zwei Jahren eine Schuldenlast für Bayern ergeben, die für Verzinsung und Amortisation einen beträchtlichen Teil der gesamten Staatshaushaltsmittel verschlingen würde. Eine solche Finanzgebarung ist schlechterdings unmöglich, brauchte auch gar nicht erörtert werden, wenn sich das Reich seiner staatsrechtlichen Verpflichtung bewußt bliebe, für den unbedingt notwendigen Aufwand der Länder Sorge zu tragen.

Es ist weit gekommen mit dem Bayernland. Die bayerische Staatsregierung war es, die zuerst eine Verwaltungsreform angekündigt hat. Bis heute ist nicht nur nichts Einschneidendes zur Ersparung von Ausgaben geschehen, im Gegenteil hat sich die bayerische Regierung jedes Zugeständnis an das Reich mit hohen materiellen Zuwendungen abkaufen lassen. Die letzte, die allgemeine Empörung in den unbeteiligten Staaten erregt hat, war das bekannte Biersteuergeschenk. Heute läßt die Bayernregierung erklären, daß sie bankerott ist, wenn sie den Beamten nur das geben will, was das Reich als angemessen erachtet.

Dabei ist Bayern derjenige Staat, der am meisten bei jeder Gelegenheit seine Eigenstaatlichkeit betont und sich diese Eigenwilligkeit eine Menge Geld kosten läßt. Der Reichsinnenminister Keudell hat es fertig bekommen, das bayerische Staatswesen als eine der stärksten Stützen des Deutschen Reiches zu bezeichnen. Die Quittung ist dieser neue Bettel, sind erbitterte Vorwürfe gegen die Reichsfinanzverwaltung, sind Forderungen an den norddeutschen Steuerzahler, der die Kosten für die politischen Extratouren der Bayerischen Volkspartei aufbringen soll! „Das ist ein unmögliches Beginnen" — so faßt der erwähnte Aufsatz seinen Alarm zusammen. Das Unmögliche aber ist die katastrophale Finanzpolitik nicht des Reiches, sondern der Regierung Heldt, die mit ihrer Kunst bereits bei der mittelalterlichen Kopfsteuer angelangt ist, die die Industrie und die Städte verkümmern läßt und so künstlich zur Verarmung des Bayernvolkes hintreibt.

Es sieht so aus, als ob die Finanzkrise in Bayern diesmal ernst ist. Hoffentlich bleibt das Reichsfinanzministerium diesmal fest, um den reaktionären Machthabern Bayerns Gelegenheit zu geben, zu zeigen, wie sie mit den Folgen ihrer Finanzpolitik fertig werden.

Gehaltsregelung der Reichsbahnbeamten.

Die Mitbestimmung der Beamtenvertretung.

Auf das Schreiben des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands an die Hauptverwaltung der Reichsbahn, worin diese ersucht wurde, die Organisation zu Verhandlungen über die Neugestaltung der Besoldungsverhältnisse einzuladen, antwortete die Hauptverwaltung wie folgt:

„Das Reichsbahngesetz (§§ 19, 26) und die Personalordnung (§ 11) bestimmen, in welcher Weise die Bezüge der Reichsbahnbeamten festzusetzen sind. Durch diese gesetzlichen Bestimmungen sind der Reichsregierung die Befugnisse zur Festsetzung der Besoldungsordnung der Reichsbahnbeamten entzogen und der Deutschen Reichsbahngesellschaft unter den bekannten Bedingungen des § 26 des Reichsbahngesetzes übertragen. Sobald die Neuregelung der Besoldung der Reichsbeamten endgültig feststeht, werden wir unter Berücksichtigung der Verhältnisse der Reichsbeamten eine neue Besoldungsordnung für die Reichsbahnbeamten aufstellen und zu demselben Zeitpunkt in Kraft setzen wie bei den Reichsbeamten. Den Organisationen wird vorher Gelegenheit zur Aussprache gegeben werden."

Daraus geht unzweideutig die Absicht der Hauptverwaltung der Reichsbahn hervor, die Organisationen genau so bei den Verhandlungen auszuschalten wie es der Reichsfinanzminister bei der allgemeinen Besoldungsreform getan hat.

Um die Löhne der städtischen Arbeiter.

Auf Grund der vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Ortsverwaltung Berlin, eingereichten Anträge auf Erhöhung der bisherigen Löhne fanden heute vormittag vor dem Bezirksarbeitgeberverband Berlin (Tarifvertragsamt) Verhandlungen statt.

Nach längeren Beratungen erklärten sich die Vertreter des Magistrats bereit, die Anträge der städtischen Arbeiter und die sich aus der Verhandlung ergebenden Gründe für eine Neuregelung der Löhne den städtischen Körperschaften zur Entscheidung vorzulegen. Erst dann werden die Verhandlungen fortgeführt werden.

Luftstümperei auch bei uns.

Eine Antwort der Deutschen Lufthansa A.-G.

Zur Fortführung der vom „Vorwärts" begonnenen Diskussion über das deutsche Luftfahrtwesen sendet uns die Deutsche Lufthansa A.-G. ausführliche Darlegungen über ihr eigenes Unternehmen, die wir wegen des großen allgemeinen Interesses zum Abdruck bringen.

Auf die einleitenden Ausführungen des Herrn Binder, die im wesentlichen die Ausbildungsmethoden der deutschen Fliegerschulen behandeln, wollen wir als hierfür nicht zuständiges Unternehmen nicht eingehen. Zu den Betrachtungen der Luftverkehrsorganisation und insbesondere der wirtschaftlichen Fragen in der deutschen Handelsluftfahrt möchten wir jedoch einige ergänzende Ausführungen hinzufügen.

Erfreulicherweise sind wir in dem Grundgedanken einig, daß uns allen eine aufstrebende Entwicklung des Luftverkehrs am Herzen liegt. Der Verfassers Ihres Artikels, Herr Binder, fragt aber: Führt diese Entwicklung aus gesunden Verhältnissen in der Vergangenheit zu ungesunden? Der Ausdruck „Ueberorganisation" läßt diese Auffassung vermuten. In Wirklichkeit ist doch der deutsche Luftverkehr von der Kleinstaaterei zum Einheitsstaat, von vielen kleinen Gesellschaften zur Deutschen Lufthansa gelangt. Die Ueberorganisation, nicht in dem sonst gebräuchlichen bureaukratischen Sinne, aber im Hinblick auf das dichte innerdeutsche Streckennetz, ist schon viel im In- und Auslande diskutiert worden. Die Gründe, die die Deutsche Lufthansa veranlaßt haben, mit den deutschen Ländern und Kommunen Streckendienstverträge für den Betrieb innerdeutscher Linien abzuschließen, sind: die verschiedenen Flugzeugtypen zu erproben, die Besatzungen zu schulen, Technik und Instrumente zu entwickeln und zu fördern, ganz Deutschland als ein Versuchsfeld für Luftverkehrsstudien auszunutzen und den Gedanken der Handelsluftfahrt in der Bevölkerung wirksam zu propagieren. Außerdem ist für den regen innerdeutschen Flugbetrieb die Erwägung maßgebend, daß jede Kommune im Interesse ihrer Bevölkerung bestrebt sein muß, Schnellverbindungen zu haben, die zwar nicht im Bereich des internationalen Luftverkehrsnetzes liegen, jedoch an dieses angeschlossen sind.

Inwieweit ein wirkliches Verkehrsbedürfnis für die eine oder andere Zubringerlinie vorliegt, wird von der weiteren Entwicklung des gesamten Luftverkehrsdienstes abhängen. Es wäre falsch, dieser Beurteilung ein einziges, dazu das erste Betriebsjahr, welches wegen der nur drei Viertel des Jahres umfassenden Flugperiode nicht einmal als ein normales Wirtschaftsjahr angesehen werden kann, zugrunde zu legen. In allen Kulturländern hat der „Luftgedanke", air mind, wie der Amerikaner sagt, eine große Geltung erlangt. Deutschland kann sich diese Luftgeltung nur durch seine Handelsluftfahrt erringen, denn der Vertrag von Versailles verbietet ihm die Militärfliegerei, welche in England, Frankreich und Amerika unter den Luftfahrtbetätigungen an erster Stelle steht, und die im vorigen Jahre geschlossenen Pariser Luftfahrtvereinbarungen, welche den deutschen Luftverkehr von den Zwangsbestimmungen des Londoner Ultimatums befreiten, fesselten erneut den deutschen Sportflug.

Der deutsche Luftverkehr darf nicht unter den gleichen verkehrspolitischen Gesichtspunkten betrachtet werden wie der Luftverkehr in Frankreich, England und Holland. Deutschland muß als Transitland für alle wichtigen europäischen Erdverkehrsstraßen und Luftwege gelten. Wenn wir nicht zu bedeutungsloser Luftgeltung herabsinken wollen, so müssen wir als zentraleuropäischer Staat umfangreichsten Wechselverkehr mit den europäischen Hauptstädten treiben. Für Deutschland kommen nicht nur einige „wenige große Durchgangslinien von internationalem Charakter" in Frage, sondern dank seiner geographischen Lage viele hochwertige ausstrahlende Linien. Der Luftverkehr von heute besitzt bereits wahrhaft internationalen Charakter, welcher im Verband der Iata (International Air Traffic Association) zum Ausdruck kommt. In der Iata spielt der deutsche Luftverkehr seit ihrer Gründung eine anerkannt führende Rolle. In diesem Zusammenhange dürfte interessieren, daß Frankreich, welches seinen Luftverkehr ideal nach seinen Kolonien und seinen Bündnisgenossen intensivieren könnte, in erster Linie unmehr doch eine rege Propaganda für ein dichtes innerfranzösisches Luftverkehrsnetz entfaltet.

Die zunehmende Frequenz in den deutschen Verkehrsflugzeugen ist eine auch vom Herrn Verfasser nicht bestrittene Tatsache. Freilich haben nicht alle Strecken gute Frequenzziffern aufzuweisen. Die Ursache mag zum Teil daran liegen, daß zahlreiche Städte in das Streckennetz aufgenommen wurden, über die vorher noch keine Linien führten, und daß die neugeschaffenen Strecken zunächst nur mit Kleinflugzeugen betrieben wurden. Es ist verständlich, daß derartige Linien mit internationalen Luftverkehrsverbindungen hinsichtlich Ertragsfähigkeit nicht verglichen werden können, da letztere Linien ausschließlich mit Großflugzeugen betrieben werden, bei denen die Nutzlastverhältnisse und ihr Aktionsradius auf ganz anderen Grundlagen beruhen. Dazu kommt, daß die internationalen Linien schon von den Altgesellschaften, Deutscher Aero-Lloyd und Junkers Luftverkehr, durchgeführt wurden, während die Verkehrsvorteile der neuaufgenommenen innerdeutschen Linien durch Entfaltung zweckentsprechender Propaganda erst nach und nach dem Publikum vertraut gemacht werden mußten.

Wollte man die Ertragsfähigkeit der einzelnen Strecken genauer untersuchen, so müßten unter Berücksichtigung der Zeitdauer, während welcher sie innerhalb des Betriebsjahres beflogen wurden, Einnahmen und Kosten derselben gegenübergestellt werden. Zu falschen Vorstellungen muß es dagegen führen, wenn hinsichtlich der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der einzelnen Strecken lediglich ihre Einnahmen in Beziehung zu den Einnahmen des Gesamtdienstes gesetzt werden. Das Jahr 1926 war für die Lufthansa ein Anlaufsjahr, in dem der Flugbetrieb drei Monate ruhte und in dem die vorhandenen Betriebswerte erst nach und nach übernommen wurden. Infolgedessen lassen sich zuverlässige Vergleiche mit früheren Betriebsjahren nicht anstellen. Wenn es trotzdem möglich war, im ersten Jahre der Gründung unter besonders schwierigen Verhältnissen ein annehmbares Ergebnis zu erzielen, so ist dies wesentlich auf das Einheitssystem des deutschen Luftverkehrs zurückzuführen. Kilometerleistungen und Frequenz konnten gesteigert werden. Die Kosten wurden besonders unter Berücksichtigung des hohen Einsatzes von Großflugzeugen im Vergleich zu früheren Ergebnissen, soweit diese bekannt sind, erheblich gesenkt. Gegenteilige Behauptungen treffen nicht zu. So z. B. ist es nicht richtig, daß, wie von anderer Seite behauptet wurde, für den Verkehr mit Kleinflugzeugen rund 3,20 M. pro Kilometer Selbstkosten bei 5,55 M. Selbstkosten für den Verkehr mit Großflugzeugen aufgewendet werden mußten. Tatsache ist dagegen, daß der Verkehr mit einmotorigen Flugzeugen nur einen Kostenaufwand zwischen 2,25 und 2,50 M. pro Kilometer erfordert hat. So unzutreffend wie diese Behauptung, ist auch die des Herrn Verfassers, welcher die Durchschnittskosten für 1926 mit etwa 3,60 M. pro Kilometer angibt. Unter Rückstellung der Kosten für die ausgesprochene Anlaufszeit des ersten Betriebsjahres und derjenigen des Werftbetriebes der Lufthansa, die durch Einnahmen dieses Betriebes gedeckt werden konnten, ergibt sich für den eigentlichen Flugbetrieb im Durchschnitt ein Geldaufwand von 2,85 M. pro Kilometer, also wesentlich weniger als die vom Herrn Verfasser angegebenen 3,60 M. Wenn berücksichtigt wird, daß dem Deutschen Aero-Lloyd in den Betriebsjahren 1924/25 im Durchschnitt 2,60 M. pro Kilometer an Flugbetriebskosten bei vollkommen anders gelagerten Verhältnissen entstanden sind, weil dieser seinen Betrieb fast nur mit einmotorigen Flugzeugen durchgeführt hatte, so kann man wohl sagen, daß ein Fortschritt in der Verbilligung der Betriebsführung der Lufthansa erreicht ist, die ihren Betrieb in einem erheblichen Umfange mit Großflugzeugen durchführt.

Das Verhältnis von Flugbetriebseinnahmen zu Gesamtaufwendungen ist bei allen europäischen Luftverkehrsgesellschaften unbefriedigend. Wenn der Streckendienst einer Gesellschaft von einem Zentralhafen, wie z. B. Croydon bei den englischen Imperial Airways, betreut wird, und nur zwei kurze kontinentale Linien intensiv betrieben werden (Paris und Köln), so stellen sich die dafür nötigen Aufwendungen erheblich niedriger als z. B. bei den französischen Gesellschaften Cidna (Paris-Konstantinopel) oder Latécoère (Toulouse-Dakar) mit ihren vieltausend Kilometer langen Strecken und einer Kette von Landeplätzen. Zwangläufig ergibt sich ein günstigeres Bild von dem Verhältnis der Einnahmen zu den Ausgaben bei der Imperial Airways als bei den anderen Gesellschaften. (Durch Betriebseinnahmen nicht gedeckte Ausgaben: Imperial Airways unter 70 Proz. Cidna über 80 Proz., Latécoère über 90 Proz. Lufthansa unter 60 Proz.). Für die Lufthansa mit ihrem im nationalen Interesse stark verästelten größten europäischen Streckennetz liegen infolgedessen die Verhältnisse recht ungünstig. Wenn es der Lufthansa trotzdem gelungen ist, innerhalb der europäischen Gesellschaften mit an der Spitze dieser Verhältnissen zu marschieren, so darf dies zum größten Teil dem außerordentlich regen Interesse am Luftverkehr in Deutschland und der dadurch bedingten Frequenz zugeschrieben werden, zum Teil aber auch der relativen Sparsamkeit des Betriebes.

Eine Diskussion über die Wirtschaftlichkeit des Luftverkehrs erscheint im jetzigen Stadium unbedingt verfrüht, weil einwandfreie Vergleichsmomente innerhalb der kurzen Entwicklungszeit fehlen. Die Deutsche Lufthansa strebt nach Kräften Eigenwirtschaftlichkeit, jedoch ohne unsozial zu sein, an.

Bei der Bezahlung der Monteure und Handarbeiter wie auch der sonstigen Betriebsangestellten, wird weitgehendst auf die erforderlichen Fachkenntnisse Rücksicht genommen. Der Durchschnittslohnsatz beträgt augenblicklich für einen gelernten und erfahrenen Monteur der Lufthansa 1,25 M. pro Stunde, wobei es sich nicht um Akkordlohn, sondern um Stundenlohn handelt. Die Bezüge der Piloten, welche ihnsichtlich ihrer Höhe sehr wesentlich von der tatsächlichen Leistung abhängen, belaufen sich im Durchschnitt auf 800 bis 1000 M. pro Monat. Angesichts dieser Ziffern kann man wirklich nicht davon sprechen, daß sich eine Sparmethode bei der Lufthansa zunächst nur auf die Besoldung von Monteuren und, wie der Herr Verfasser schwarz malt, auch der Piloten erstreckt. Selbstverständlich ist, daß bei den Lohnfestsetzungen auf die allgemeine Lage im Luftverkehr Rücksicht genommen werden muß und daß Forderungen, die weit über das normale Maß hinausgehen, im Interesse der Weiterentwicklung des Luftverkehrs entsprechend beschieden werden müssen.

Die Schaffung einer besonderen Lohntarifregelung, nachdem der Lufthansabetrieb den Tarifvertrag der Metallindustrie als verbindlich anerkannt hat, erscheint hiernach nicht notwendig. Das überall anerkannte gute Ergebnis in der Sicherheit und Regelmäßigkeit des Flugdienstes der Deutschen Lufthansa darf wohl als Beweis dafür angesehen werden, daß die gestellte Forderung des Herrn Verfassers weitgehendst von der Verwaltung der Lufthansa erfüllt wird, denn eine schlechtbezahlte, durch Ueberstunden überanstrengte und daher unzufriedene Arbeiterschaft wäre gewiß nicht in der Lage gewesen, in erheblichem Umfange an diesem erfreulichen Ergebnis beteiligt zu sein.

Anfang der Selbsterkenntnis.

„Wir werden dem Gelde nachjagen."

Die Hauptätigkeit der Deutschnationalen und des Landbundes besteht bekanntlich in der Bekämpfung des „öden Materialismus" durch nationalen Phrasenschwall und patriotische Gemütserregung. Wie aber doch immer wieder die prosaischen wirtschaftlichen Interessen ihr Recht verlangen, dafür liefert die „Deutsche Zeitung" einen ebenso unfreiwilligen, wie erheiternden Beitrag. Ein Landarbeiter August Dehn aus Hinterpommern läßt sich in einem Leitartikel tiefsinnig über „Staatspolitik und Landarbeiterlöhne" aus. Dehn ist zweifellos ein zuverlässiger Landbundanhänger — sonst dürfte er nicht in der „Deutschen Zeitung" schreiben — und er beweist das auch durch kräftiges Schimpfen auf die „Verhetzung gegen den Arbeitgeber durch die Gewerkschaften". Aber zu welchen Perspektiven kommt der Artikelschreiber? In düsteren Farben malt er folgendes Zukunftsbild an die Wand:

> Was wird aber der junge Landarbeiter tun, wenn im Falle eines Weltkrieges der anderen Staaten die deutsche Industrie eine vorübergehende Hochkonjunktur bekommt? Er wird Pflug und Egge stehen und die Sense hängen lassen und wie alle anderen dem Geld nachjagen. Kein Mensch wird ihn halten können, wird es auch gar nicht ernstlich wollen. Wir alle, das ganze Volk, der Staat, will reich werden, das ist dann die Parole.

Damit bekennt sich der Verfasser zu der von seiner Partei so heiß bekämpften Wahrheit, daß trotz aller schönen Redensarten der wirtschaftliche Egoismus für das Verhalten der Menschen ausschlaggebend ist. Er gelangt denn auch zu der — an sich ganz vernünftigen — Schlußfolgerung, daß der Landarbeiter durch auskömmlichen Lohn in seiner Lebenshaltung dem Industriearbeiter gleichgestellt werden muß, falls man nicht wünscht, daß er seine Arbeitsstätte verlasse, um höheren Löhnen in der Industrie nachzujagen. Freilich verhindert ihn seine „wirtschaftsfriedliche" Einstellung einstweilen noch, den Weg zu diesem Ziel zu erkennen. Er meint nämlich allen Ernstes, der Staat müsse den landwirtschaftlichen Arbeitgebern noch höhere Gewinne als bisher garantieren, damit sie den Landarbeitern bessere Löhne zahlen könnten. Bei Erfüllung dieses Wunsches würde sich Herr Dehn allerdings sehr bald davon überzeugen müssen, daß die Herren Großagrarier keineswegs so gutherzige Menschen sind, um ihre Gewinne freiwillig an die Landarbeiter abzutreten. Oder wie erklärt sich Herr Dehn das ständige Verlangen der Großgrundbesitzer nach vermehrtem Import billiger polnischer Arbeitskräfte, obwohl den Agrariern doch durch die erhöhten Schutzzölle schon genug Gelegenheit gegeben ist, höhere Gewinne zu erzielen?

Beschleunigte Landtagswahl in Hessen.

Die Wahlparole der Rechtsparteien.

Darmstadt, 14. September. (Eigenbericht.)

In der Dienstagsitzung des ersten Ausschusses des Landtages bat die Regierung die Parteien um Stellungnahme zum Termin für die hessische Landtagswahl. Die Regierung schlug mit Rücksicht auf die Ende November in Hessen stattfindenden kirchlichen Feste vor, die Wahl am 13. November vorzunehmen. Mit dem Vorschlag waren die drei Koalitionsparteien und die Deutsche Volkspartei einverstanden. Die Vorverlegung des Termins bedeutet eine Verfassungsänderung. Nach der Erklärung der Parteien ist jedoch eine qualifizierte Mehrheit für ein entsprechendes verfassungsänderndes Gesetz vorhanden. Daher ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Wahl am 13. November stattfindet.

Die Parteien rüsten bereits eifrig zum Wahlkampf. Die Rechtsparteien haben ihre Parole schon ausgegeben. Sie lautet: Beseitigung der Weimarer Koalition in Hessen und Zurückdämmung des sozialistischen Einflusses auf die Regierung.

ZK. und „Ruthenen".

Der Kampf in der Kommunistenpartei.

Mit dem Kampf der Ruth-Fischer-Maslow-Gruppe, der sogenannten „Ruthenen", gegen die offizielle Partei beschäftigte sich unlängst das Zentralkomitee der KPD. Dengel als Referent bezeichnete den Wiederaufnahmeantrag, den die Maslow-Urbahns-Gruppe an die Komintern und an die KPD. gerichtet hat, als ein bewußtes Täuschungsmanöver, mit dem Ziel, auf dem Wege einer neuen Unterschriftensammlung in der Partei Teile der Parteimitgliedschaft abzuspalten und für ihre parteifeindlichen Zwecke auszunutzen. Er erklärte mit aller Schärfe, daß es mit den Führern dieser Gruppe keine Gemeinschaft mehr geben kann, daß aber das ZK. und die Gesamtpartei bereit ist, jedem oppositionellen Arbeiter, der die Grundprinzipien der Kommunistischen Internationale, die Beschlüsse der Komintern und der KPD. anerkennt, die Rückkehr in die Reihen der Partei zu ermöglichen. Das Zentralkomitee beschloß in diesem Sinne.

Sachsens neuer Oberpräsident.

Genosse Waentig vom Provinzialausschuß gewählt.

Halle a. d. S., 14. September. (Eigenbericht.)

Der in Schleusingen tagende Provinzialausschuß der Provinz Sachsen hat den vom preußischen Minister des Innern zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen vorgeschlagenen Geheimen Regierungsrat Prof. Dr. Waentig heute mit Stimmenmehrheit gewählt. Die offizielle Ernennung durch das Ministerium steht unmittelbar bevor.

Preußischer Landkreistag. Am Mittwoch, dem 21. September findet in Berlin der Preußische Landkreistag statt. Die parteigenössischen Delegierten (Landräte, Kreisausschußmitglieder) werden gebeten, zu einer Vorbesprechung am Dienstag, dem 20. September, 18 Uhr, im Gebäude des Preußischen Landtags, Berlin, Prinz-Albrecht-Straße 5 (Saal 12) zusammenzutreten. Es wird auf vollzähliges und pünktliches Erscheinen gerechnet.

Der neu übersetzte Shakespeare.

Im Deutschen Theater gab es gestern einen Abend für literarische Feinschmecker. Er leitete die Winterspielzeit hochklassisch ein. Mit „Troilus und Kressida", der grimmigen Komödie um den trojanischen Krieg, in der er die Helden ganz anders anpackt als der mythenumwobene Homer. Die griechische Heldensage liegt uns, Hand aufs Herz, schon etwas fern. Um die doppelte Klassik etwas zu mildern, benutzt das Theater nicht die alte liebe Schlegel-Tieckische Uebersetzung, sondern den modernisierten Text von Hans Rothe, der mit philologischer Gewissenhaftigkeit bereits 20 von Shakespeares Dramen zu neuen Versen geformt hat. Die Wahl ist, etwas kühn, zuerst auf „Troilus und Kressida" gefallen, ein Stück, das den Literarhistorikern viel Kopfzerbrechen gemacht hat. Es führt uns mitten hinein in den zehnjährigen Krieg zwischen Griechen und Trojanern, der wie alle Kriege aus einem nichtigen Anlaß entbrannt ist. Es geht um Helena, die von dem Troierprinzen Paris geraubte griechische Fürstin. Die Begeisterung für den mörderischen Kampf ist bei beiden Parteien schon abgebebt. Man überlegt, ob man nicht dem Morden einfach durch Rückgabe der Helena ein Ende machen soll. Aber das verbietet die „Ehre", die teuflische Erfindung, die seit Jahrtausenden Unheil stiftet. In das Heldendrama sind die zarten Liebesszenen zwischen Troilus und Kressida verwoben. Ja, sind sie eigentlich zart? Kressida versichert dem guten Trojaner Troilus ihre Liebe mit den heiligsten Schwüren, und schon in derselben Nacht liegt sie in den Armen eines Griechen. Was ist das Ganze für eine Dichtung? Ist es ein Trauerspiel, ein Lustspiel, eine Historie, eine Parodie auf Homer?

Der Regisseur Heinz Hilpert entscheidet sich für Parodie. Er gibt einen literarisch gemilderten Offenbach. Menelaus ist ein Dummchen, Achilles ein eitler Geck, Ajax ein lärmender Held, dessen Hirn im Bizeps sitzt und Nestor ein vertrotteter Greis. Manche Beziehungen zur Gegenwart tauchen auf: Ein Kriegsrat der griechischen Generalität, in dem leeres Stroh gedroschen wird, anspruchsvolles Gehabe der Feldherren, die auf Grund eines kleinen Erfolges ihren eigenen törichten Kopf durchsetzen, eine Oberste Heeresleitung, so uneinig, selbstisch, dummstolz, wie sie offenbar in allen Kriegen der Weltgeschichte bekannt ist. Also ist der Rothe-Shakespearesche „Troilus" ein aktuelles Stück? Der neue Uebersetzer schreibt ein flüssiges Deutsch, seine Helden reden sich mit „Sie" an: „Sagen Sie, Diomedes, sagen Sie ehrlich". Und doch ist ihm nicht gelungen, uns das Mythos näherzubringen. Sie sprechen wohl, aber sie sagen Verse auf. Es strengt an, die vielen Begriffe und Namen auseinanderzuhalten. Vor lauter Denkarbeit kommt man nicht zum Genuß der beißenden Satire. Wir wollen uns mit der Gegenwart abfinden und nicht mit der Antike. Bernhard Shaw versteht es, alte Historie in heutige Form zu bringen, Rothe nicht. Rothes „Troilus und Kressida" atmet antiken Geist in moderner Staffage.

Das Deutsche Theater führt mit starken Kräften auf. Matthias Wiemann ist ein spröder, unzufriedener, schicksalshadernder Troilus, Lothar Müthel ein dummstolzer, blasierter, eleganter Achilles, Ferdinand Bonn ein posierender Agamemnon, Fritz Kampers ein Ajax in Gestalt des bayerischen Hiesl, Erwin Faber ein Diomedes mit persönlicher Note, Jakob Tiedtke ein behäbiger Kuppler Pandarus und Oskar Homolka ein boshaftes Lästermaul Thersites, wie es die Bühne noch nicht gesehen hat. Das geifert, keift und schimpft, daß an dieser Leistung der rauschende Beifall des Abends hängt. Die Kressida der Margarete Köppke ist uneinheitlich und unausgeglichen. Sie spricht hauchzart, aber mit ersterbender Stimme. Zwei Drittel ihrer Rolle bleiben unverständlich. Ich glaube nicht, daß die große Sorgfalt der Regiearbeiten einen langdauernden Erfolg zeitigen wird.

Ernst Degner.

Don-Kosaken. Das ist also jetzt ein gutes bürgerliches Ereignis geworden. In Rußland singen diese und ähnliche Gemeinschaften einmal nach feudalen Diners oder gemütlichen Kneipen ein paar stille oder lustige Lieder. Der Loreley-Typ scheint im Osten wie bei uns heimisch zu sein. Aber die Balalaika gibt auch den ausgelassenen Unterton für Trink- und Liebeslied ab. Das alles nun ist ganz unfestlich, und zu den müden, ernsten, abgehärmten, durch Schicksal gezeichneten Köpfen dieser Soldaten stimmt nicht das festliche Gewand des Berliner oder anderer Welt Publikum. Sensation auf der ganzen Linie. Schade darum. In dieser Herumreisezeit hat sich einer von den 33 Mann nur zur Vollendung seiner selbst entwickelt, das ist Serge Jaroff, der Dirigent, ein Jüngling von geradezu ekstatischem Wesen, Zuchtmeister höchster Potenz, in jeder Fingerspitze kapellmeisterlich großartig. Im Chor ist das herrliche, unvergleichliche An- und Abschwellen des Gesangs wie der Brummstimmen geblieben, es blieb die Gehorsamkeit, das Stürmen, die deutliche Sprache, das Verhallen im Nichts und das Aufgepeitschte der Leidenschaft. Das gibt es nicht wieder. Neue Gesänge von Gretschaninoff, Dobrowen, Archangelsky u. a. bezeugen, daß hier außerordentlich gearbeitet wird. Der Effekt bleibt, auch wenn uns das Brüllen der Tenöre, das Schnarchen der Bässe einmal kunstlos, brutal, barbarisch scheinen will. Wie lange halten das Natursänger aus? Ein bißchen weniger Raubbau an Kräften wäre gut. Aber der Kommandeur der Truppe befiehlt, und die Kehlen parieren. In einem „Credo" fiel die Aehnlichkeit mit dem synagogalen „Kaddisch" auf: „Der ehrwürdige Josef" hat ganz den Duktus, die Farbe, die Melodie eines alten Weihnachtsliedes, und das Tanzlied „Seni" würde in Bayern Nationallied werden können. Von selbst verständlich, daß solche Schlager wiederholt wurden. Das „Ehj uchnjem" der Arbeitsdrohnen, Burlaken genannt, bleibt an Ausdruck des Mitleids, der weithallenden Sehnsucht, der Qual und des Aufschreis das Meisterstück. Die Philharmonie raste.

K. S.

Meisterwerke englischer Malerei in Wien. In einer Ausstellung, die, veranstaltet vom „Verein der Museumsfreunde" und der „Sezession" in Wien, in den nächsten Tagen eröffnet wird, ist die englische Malerei von der elisabethinischen Zeit bis zur Gegenwart mit ihren besten Namen vertreten. Sämtliche Werke sind aus Privatbesitz, da die Ausführung von Bildern aus den englischen Staatssammlungen zu Ausstellungszwecken nicht zugelassen wird. Unter den Bildern, die sonst für die Oeffentlichkeit nicht zugänglich sind, befinden sich solche von Gainsborough, Gardner, Hoppner, Lawrence, Reynolds, Turner, Hogarth, Romney, Burne-Jones und Frank Brangwyn.

„Mutter Indien". Das Buch, das die amerikanische Schriftstellerin Katharina Mayo unter dem Titel „Mutter Indien" vor einiger Zeit veröffentlicht hat, hat in drei Erdteilen einen Sturm der Entrüstung verursacht. Die Verfasserin war kürzlich drei Wochen in England, hielt es aber für angezeigt, ihr Inkognito zu wahren und in aller Stille nach Amerika zurückzukehren. Das Buch hat zwar auch in England und Amerika sehr scharfe Kritiker gefunden, ist aber in Indien ganz außergewöhnlich heftig angegriffen worden. Erst kürzlich wurde in Kalkutta eine Protestversammlung abgehalten, in der die Regierung aufgefordert wurde, die Verbreitung des Buches in Indien zu verbieten. Der Grund für die geforderten scharfen Maßnahmen ist darin zu suchen, daß Miß Mayo mutig einen furchtbaren Uebelstand des indischen Lebens aufdeckt, der aber durch Tradition und Religion geheiligt ist: die Kinderehen. Sie spricht offen aus, daß der körperliche und moralische Verfall von Millionen Indern ausschließlich auf diese Kinderehen zurückzuführen ist, die allen offiziellen Verboten zum Trotz weiterbestehen. Die Verfasserin schildert ferner mit aller Ausführlichkeit die widerwärtigen Einzelheiten der religiösen Gebräuche und die aller Hygiene spottenden Zustände in den indischen Dörfern.

Zeitungsnamen im Orient. Unsere Zeitungen, die in früheren Epochen noch manchen politischen Namen führten, sind in neuerer Zeit immer mehr zu rein sachlichen Titeln übergegangen und nennen sich einfach Zeitung oder Anzeiger, Tageblatt oder Nachrichten. Malerische Namen, wie etwa „Die fliegende Taube" oder „Der Bote aus dem Riesengebirge" werden immer seltener. Aber sollten Herausgeber, die für die Taufe einer neuen Zeitung auf Schwierigkeiten stoßen, wieder dem Geist der Poesie folgen wollen, so können sie zahlreiche Muster im Orient finden, da hier die Blätter der blühenden Phantasie der orientalischen Sprachen noch nicht abhold sind. Einige solche orientalischen Zeitungstitel werden im „Zeitungsverlag" zusammengestellt. In Tunis erscheint z. B. „Die Blume", „Der rechte Führer des Volkes", „Der Spaßmacher"; in Aegypten: „Der Stern des Ostens", „Die Fahne", „Die Kanzel", „Das Licht"; in Syrien: „Die Treue der Araber", „Die Hintereinandergehenden" (etwa bei uns einem Titel „Der Leithammel" entsprechend), „Die Zeder", „Die Morgendämmerung", „Der Blitz", „Die Eisenkeule". Die schönsten Titel aber gibt es in Persien: „Der erleuchtende Vollmond", „Die erhabenen Ereignisse", „Das Schiff der Rettung", „Das Morgenrot der Hoffnung", „Das Geschenk für die Gebildeten", „Der Donner", „Der junge Frühling", „Die rote Dämmerung", „Die erleuchtende Sonne", „Die gelbe Rose", „Der Spiegel der Nationen" usw.

Ein Lautenabend, auf dem Peter Bach eigene Gesänge vortragen wird, findet als erste diesjährige Sonderveranstaltung der Volksbühne E.V. am Mittwoch, den 21. September, abends 8 Uhr, in der Aula des Gymnasiums zum Grauen Kloster statt. Einlaßkarten zum Preise von 70 Pf. sind schon jetzt in den Zahlstellen der Volksbühne erhältlich.

Zur Erhaltung der Schweizer Alpenflora soll auf der Schynigen-Platte bei Interlaken, die allen Besuchern des Berner Oberlandes bekannt ist, ein Alpengarten angelegt werden, der die gesamte hochalpine Flora der Schweiz in ihren natürlichen Wachstumsverhältnissen zeigt. Man hofft damit, nicht nur die Kenntnis der Pflanzen zu vermitteln, sondern auch auf das Verständnis für die Notwendigkeit ihres Schutzes hinzuwirken.

Einigung zwischen Berlin und Städtetag.

Gemeinsame Arbeit für die Verbesserung des Finanzausgleichs.

Um die Differenzen, die zwischen der Stadt Berlin und dem Deutschen Städtetag in der Frage des Finanzausgleichs entstanden waren, und die auch in heftigen Debatten in der Berliner Stadtverordnetenversammlung und dem Magistratskollegium ihren Niederschlag gefunden hatten, beizulegen, fanden gestern, Dienstagnachmittag zwischen dem Deutschen Städtetag und dem Berliner Magistrat Besprechungen statt. Durch diese Verhandlungen, an denen Präsident Mulert und mehrere Mitglieder des engeren Vorstandes, sowie Oberbürgermeister Dr. Böß, Stadtkämmerer Dr. Lange, sowie mehrere Vertreter des Magistrats und des Stadtparlaments teilnahmen, kann der seinerzeit entstandene Konflikt als beigelegt betrachtet werden. Man hat sich nämlich dahingehend verständigt, gemeinsam für eine bessere Ausgestaltung des Finanzausgleichs zu arbeiten, durch dessen jetzige Form hauptsächlich die mittleren und großen Städte finanziell stark benachteiligt und in ihren Aufgaben beschränkt werden. Einmütig trat die Auffassung zutage, daß die jetzige Regelung des Finanzausgleichs, vor allem das System der relativen Garantie für die deutschen Städte nicht zu ertragen sei und unter allen Umständen abgeändert werden müsse.

Stadtkämmerer Lange trug zu der ferneren Gestaltung des Finanzausgleichs, von der das Schicksal der deutschen Städte abhängt, einen eigenen Vorschlag vor, der als sehr beachtlich allgemeine Zustimmung fand und höchstwahrscheinlich als Grundlage für die weiteren Verhandlungen zur endgültigen Ausgestaltung des Finanzausgleichs dienen dürfte. Am heutigen Vormittag nahm Stadtkämmerer Lange an der Sitzung des Finanzausschusses des Deutschen Städtetages teil, in der man sich gleichfalls mit den Abänderungsvorschlägen für dieses Gesetz beschäftigte.

Zentrum — Bayerische Volkspartei.

Die Einigung vorläufig gescheitert.

Das Organ des bayerischen Ministerpräsidenten, der „Regensburger Anzeiger", läßt sich zu der Frage der Vereinigung zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei, die offenbar hinter den Kulissen des Katholikentages in Dortmund von maßgebenden Persönlichkeiten beider Parteien erörtert wurde — Dr. Heim war selbst in Dortmund anwesend — folgendes schreiben:

„Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei sind zunächst gescheitert, weil in der Pfalz keine Einigung zu erzielen war. Es darf wohl der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß die Verhandlungen im Herbst oder Winter wiederaufgenommen werden; denn auf beiden Seiten besteht der dringende Wunsch, daß die beiden Schwesterparteien wieder zu einer Arbeitsgemeinschaft im Reichstag kommen. Daß in der Pfalz besondere Schwierigkeiten bestehen, ist bekannt, allein durch die widrigen dortigen Verhältnisse, die doch nur lokalen Charakter haben, darf nicht das Ganze leiden. Der Gedanke wäre nicht zu ertragen, daß die Zentrumspartei und die Bayerische Volkspartei zu keinem Einvernehmen gelangen können, weil sich die Gegner eines einzelnen Landesteiles nicht zu einigen vermögen."

Der Radfahrer als Freiwild.

Eine unerhörte Ueberschreitung der Amtsgewalt.

Nicht immer ist aus Potsdam nur Unangenehmes zu berichten! Gestern hat dort das Gericht ein Urteil gefällt, das allen anderen preußischen Justizbehörden zur Beachtung empfohlen werden kann.

Ein 29jähriger Eisenbahnarbeiter, Karl Kißner aus Beelitz, stand vor den Schranken. Am zweiten Osterfeiertag hat auf dem Potsdamer Luftschiffhafen ein Schauffliegen stattgefunden, und der Angeklagte war mit zwei Freunden per Rad nach Potsdam gefahren. Hinter Kaputh gerieten sie auf den Havelwaldweg, der direkt zum Luftschiffhafen führt, dessen Befahren aber durch die Försterei Geisberg verboten ist. Die Radfahrer, die neugierig den Himmel nach Fliegern absuchten, übersahen die Warnungstafel. Das wurde ihnen zum Verderben, denn schon brüllte sie der 22jährige Forstbeflissene Fritz Heinrich mit den Worten an: „Runter vom Rad. Warten bis der Förster kommt." Der Förster, der Vater des Jünglings, erschien, forderte Ausweispapiere und kommandierte im Feldwebelton: „Hände aus den Taschen." Der Angeklagte Kißner war als erster dran. Er hatte keine ausreichenden Ausweise bei sich, worauf ihm der Förster alle Taschen abfühlte. Dies verbat sich Kißner und machte eine Bewegung zur Abwehr. **Da schlug der Förster mit dem Gewehr zweimal über Kißners Kopf, so daß das Blut herausspritzte.** Der Knabe Fritz hielt inzwischen die Begleiter mit dem Revolver in Schach. „Wir werden ja hier wie Verbrecher behandelt," sagte einer der Radfahrer. Und die Antwort des Försters und Staatsbeamten war: „Ja, weiter als Verbrecher seid ihr ja auch nichts. Herunterknallen muß man euch Halunken." So durch seinen Vater zu weiterem groben Unfug ermutigt, fuchtelte der Förstersprößling dem Angeklagten mit dem Revolver vor der Nase herum. Da rief der empörte Kißner: „Wenn Sie in Zivil wären, würde ich Sie totschlagen," worauf der biedere Förster Anzeige wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Bedrohung erstattete.

In der Verhandlung, die gestern stattfand, bestritt der Staatsförster Heinrich sein unglaubliches Verhalten nicht. Sein 22jähriger Sohn gab auf die Frage des Vorsitzenden, warum er denn sich berechtigt fühlte, drei Zivilisten in Sonntagskleidung wie Verbrecher in Schach zu halten, die Antwort, die bezeichnend ist: „Der Angeklagte hatte keinen Schlips und Kragen um und radelte mit offener Brust einher."

Selbst der Amtsanwalt beantragte, den Angeklagten wegen Widerstandes freizusprechen. Im Falle der Bedrohung plädierte er für weitgehende Milde, denn das Vorgehen der Zeugen Heinrich hätte jeden Menschen in Aufregung versetzen müssen. 20 Mark Geldstrafe wären ausreichend. **Das Gericht sprach den Angeklagten auf Staatskosten frei.** In der Begründung sagte der Vorsitzende, daß der Förster auf keinen Fall mit einem Gewehrlauf auf einen Menschen, der nichts Schlimmes verbrochen hat, losschlagen durfte. Der Förster, der in diesem Falle die Staatsgewalt vertrat, hat seine amtliche Befugnis überschritten.

Leider hat Kißner in seiner Verwirrung versäumt, gegen den Förster und seinen Sohn bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Körperverletzung zu erstatten. Man darf aber hoffen, daß das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten die nötigen Schritte ergreift, um auf disziplinarischem Wege diese beiden unglaublichen Vertreter der Amtsgewalt wegen Mißbrauch ihrer Befugnisse energisch zur Ordnung zu rufen.

Gartenbauausstellung Berlin O.

Im Rahmen der Kleingärtner-Sommerschau hat auch der Bezirksverband Prenzlauer Berg und Friedrichshain im „Steuerhaus", Landsberger Allee 92, eine reichhaltige Ausstellung von Gartenbauprodukten veranstaltet. Alle Obstarten sind vertreten, darunter wahre Prachtexemplare von Alexander, Grafensteiner, Maußäpfeln, die saftstrotzende William-Christ-, Gute-Luise-Birne, und wie sie alle heißen mögen; Kirschen, Pflaumen, Mirabellen, daneben eingemachtes Obst und solches zum Fruchtwein angesetzt. Die Gemüsepflanzen sind ebenfalls vollzählig vorhanden, alles in kräftigstem Wachstum entwickelt; prächtige Rote Rüben, Rettiche, Saubohnen, Tomaten u. a. m. Ueberdimensionale Kürbisse im Gewicht von 70 Pfund üben auf des Beschauers Auge eine geradezu beruhigende Wirkung in bezug auf gestilltes Hungerbedürfnis aus. Sehr hübsch ist auch die Ausstellung der Schulgärten und der einzelnen Kinderpflanzungen. Jeder Pflanzerverein stellt nämlich ein Beet seines Gartens den jugendlichen Bebauern zur Verfügung, die hier neben dem rein praktischen Moment auch gesundheitlich allerlei Förderliches erhalten. Außerdem zeigt die Ausstellung die einzelnen wichtigen Arten der Schädlingsbekämpfung sowie praktische Neuerungen auf dem Gebiet der Bau- und Gartenarbeit. An der wirklich wohlgelungenen Veranstaltung sind die Vereine Friedrichshöhe, Transvaal II, Bauern vom Berge, Kalifornien, Kapland und Ostsee beteiligt.

Mit dem Führerhund durch Berlin.

Erfahrungen eines Blinden auf der Straße.

Sind Sie blind? Ja! — Ganz blind? Ja! — Sie Aermster! Haben Sie gar keinen Schimmer mehr? Nein! — Entsetzlich! Wovon ist das gekommen? Kriegsverletzung! Furchtbar! — Wissen Sie, lieber ein Arm oder ein Bein weg, aber blind sein — das muß furchtbar sein! So oder ähnlich sind die Unterhaltungen, welche völlig fremde Menschen mit mir anknüpfen.

Doch ich will von einer anderen Art Mitleid sprechen, das ganz gewiß den besten Absichten entspringt, meist jedoch das Gegenteil von dem erreicht, was es erreichen soll. Ich gehe z. B., vom Brandenburger Tor kommend, in der Richtung nach dem Schlosse zu auf dem linken Bürgersteig. Mein treues Tier an der Seite, ziehe ich ruhig und im Gefühl, in sicherer Obhut zu sein, meines Weges. Da macht mein Hund, indem er mir das bekannte Zeichen gibt, halt, und ich stehe still, wir sind beide am Rande des Bürgersteiges Ecke Friedrichstraße angelangt. Mein Führer sichtet erst vorsichtig nach rechts und nach links, bevor er mich in flottem Tempo über den Fahrdamm nach dem jenseitigen Bürgersteig führt. Schon sind wir auf der Mitte der Straße angekommen, da plötzlich eine ängstliche Stimme: „Halt, halt, Auto!" Zugleich werde ich am Arm gepackt und so zum Stehen gezwungen. Inzwischen ist das Auto, das die Veranlassung zu dem wohlgemeinten, aber völlig unangebrachten Einschreiten des Warners gegeben hat, in bedrohliche Nähe gekommen, und die Gefahr, überfahren zu werden, durch das Einschreiten heraufbeschworen, ist jetzt erst vorhanden; denn sonst hätte mich mein treuer Führer längst auf den Bürgersteig und in Sicherheit gebracht. Wir gehen weiter und sind ungefähr bei der Universität angelangt, da bekomme ich plötzlich einen heftigen Stoß. Mein Gegenüber muß ziemlich korpulent sein, denn ich fliege zurück wie eine Feder, und eine entrüstete Damenstimme ruft mir zu: „Haben Sie denn keine Augen im Kopfe?" — Ich: „Das wohl, aber Augen, die nicht sehen können!" „Ach so, Sie sind blind? — Na, für was haben Sie denn Ihren Hund?" Eine längere Auseinandersetzung (siehe oben) ist die Folge.

Wieder gehen wir weiter, und mein Gefühl sagt mir, daß wir nun in der Nähe der Schloßbrücke, zu deren Umbau bekanntlich fünf Stufen führen, angelangt sind. Da ruft mir eine erschreckte Stimme zu: „Halt, halt, Stufen!" Ich reiße meinen Hund strafend zurück und taste mit dem Fuße nach den angekündigten Stufen. Doch sind es noch volle sechs Schritte, bis mein Fuß die erste Stufe erreicht. Das hat der wohlmeinende Warner nicht gesagt. Ohne die Warnung hätte mich mein treuer Führer bis an die Stufen herangeführt, so daß ich nur den Fuß zu heben brauchte, um ihn auf die erste Stufe setzen zu können. Aber nicht nur dies allein, auch ein zweiter Nachteil zeigt sich. Durch mein strafendes Zurückreißen fühlt sich mein treuer Führer irritiert, und ich selbst verliere das so notwendige Vertrauen zu ihm.

Diese wenigen Beispiele dürften genügen, zu zeigen, mit welchen Hemmungen der Blinde und sein Hund zu kämpfen haben. Wir sind nun am Ende unseres Weges angelangt, und aufatmend bleiben wir einen Augenblick stehen. — Ich beuge mich zu meinem Hunde nieder, um ihm die wohlverdiente Anerkennung durch Streicheln zukommen zu lassen. Da fährt er mir plötzlich mit seiner breiten Zunge über das Gesicht; das ist zwar nicht das höchste der Gefühle, aber es kommt von einem treuen Hundegemüt, und dieser Kuß ist ganz gewiß kein Judaskuß.

Zum Schluß noch eine kleine, aber interessante Statistik, die ich selbst aufgestellt habe. Ich wurde vom 1. bis 15. auf meinen Wegen durch Berlin 92mal angerempelt. Von diesen 92 Fällen waren 12 Herren, von welchen sich 9 entschuldigten, 3 hielten dies nicht für notwendig. Die übrigen 80 waren Damen, von welchen mir die meisten noch kürzere oder längere Auszüge aus Knigges Umgang mit Menschen mit auf den Weg gaben. Eine einzige Dame entschuldigte sich in sehr höflicher Weise, und diese war eine Ausländerin. Vielleicht bewirken diese wenigen Zeilen, daß auch der Berliner — und nicht zu vergessen die Berlinerin — trotz des Hastens und Jagens der Großstadt wieder mehr Rücksicht nehmen lernt; Rücksicht vornehmlich auf ohnedies durch ihr Leiden schwer betroffene Volksgenossen. Sicher bedarf es nur dieses Hinweises, ist doch der Berliner schließlich auch als gutmütig und hilfsbereit bekannt.

Selbstmord im Auto.

Er starb mit vier Pfennigen in der Tasche.

Wieder hat ein Jugendlicher aus ungeklärten Motiven einen Selbstmord in einer Autodroschke verübt. Ein noch unbekannter elegant gekleideter junger Mann nahm in der vorigen Nacht an der Ecke der Linden- und Friedrichstraße einen Wagen und gab dem Chauffeur die Weisung, ihn über den Bahnhof Zoo nach dem Funkturm zu fahren. Am Bahnhof stieg er aus, verweilte kurze Zeit im Wartesaal und setzte dann die Fahrt fort. Als er das Funkturmrestaurant geschlossen fand, verlangte er nach dem Potsdamer Bahnhof gefahren zu werden. Unterdessen war es 5 Uhr geworden. Vor dem Café „Vaterland" hörte der Chauffeur einen Schuß fallen und fand seinen Fahrgast mit blutüberströmtem Gesicht im Wagen liegen. Er hatte sich eine Kugel in die rechte Schläfe geschossen. Der Chauffeur brachte ihn nach der Rettungsstelle in der Eichhornstraße, wo der Arzt aber nur noch den Tod feststellen konnte. Der Fahrpreis war auf 25 Mark angelaufen, bei dem Toten fand man aber nur noch 4 Pfennig. In den Taschen hatte er außerdem nur eine Puderdose, einen Schminktopf, einen Lippenstift und einen Zettel mit dem Namen „Kurt Studt", aber keine Ausweispapiere. Der Unbekannte trug einen eleganten braunen Anzug nach der neuesten Mode. Mit der Aufklärung des Selbstmordes beschäftigt sich auch die Inspektion A der Kriminalpolizei.

Offene Bahnschranken.

In Nestomitz bei Aussig hatte sich vor einigen Wochen ein gräßliches Unglück ereignet. Ein langsam fahrendes Auto, das die geöffneten Bahnschranken nicht merkte, war in dem Augenblick über den Bahnübergang gefahren, als der Prager Schnellzug daherkam. Der Zug demolierte den Wagen teilweise. Nach einem Augenblick kam ein Gegenzug auf der zweigleisigen Strecke und besorgte das Zerstörungswerk vollends, so daß das Auto buchstäblich zerschnitten wurde. Der Kaufmann Adolf Kirpal aus Töplitz wurde sofort getötet, die Privatiere Marie Scherzer aus Töplitz furchtbar verletzt. Der Schrankenwärter hatte vergessen, die Schranken zu schließen, obwohl er wußte, daß die Züge kreuzen mußten. Jetzt stand er vor dem Kreisgericht und wurde zu fünf Monaten schwerem Kerker verurteilt, bedingt mit dreijähriger Bewährungsfrist.

Verkehrsstörung auf der Vorortbahn. Auf den elektrisch betriebenen Vorortstrecken Berlin—Oranienburg bzw. Bernau trat heute früh eine Verkehrsstörung von längerer Dauer ein. Im Stromzuleitungskabel, das vom Kraftwerk Moabit nach den Umformerstationen der Vorortbahn führt, erfolgte gegen ¾5 Uhr aus noch ungeklärter Ursache Kurzschluß, so daß beide Strecken stromlos wurden und fünf Vorortzüge auf der Strecke liegen blieben. Nach etwa 25 Minuten war der Schaden behoben, und der Verkehr konnte wieder aufgenommen werden.

Stadtverordnetenfraktion! Morgen, Donnerstag, pünktlich 16 Uhr, wichtige Fraktionssitzung im Zimmer 55 des Rathauses. Anwesenheit aller Mitglieder dringend erforderlich.

Der Verein Arbeiterpresse, Ortsgruppe Berlin, hält die zum 15. September vorgesehene Versammlung nicht ab. Zur Versammlung im Oktober erfolgt Einladung.

85. Abt. Tempelhof. Die heutige Mitgliederversammlung findet nicht Dorfstr. 52, sondern bei Pinger, Dorfstr. 50 (früher Stuhlmann) statt.

Die Interessenvertretung Selbsthilfe der geschädigten Auslands-, Kolonial- und Grenzlandsdeutschen hält am 15. September ds. J., abends 8 Uhr, in der Aula des Königstädtischen Gymnasiums, Elisabethstraße 57/58, eine Mitgliederversammlung ab, in der über die Schutzentschädigungsfrage gesprochen wird und zu der alle Geschädigten eingeladen werden.

Straßenbahnunfälle in aller Welt.

2 Tote, 32 Verletzte in New-York.

New York, 14. September.

In dem New Yorker Vorort Weehawken fuhr ein vollbesetzter Straßenbahnwagen bei geöffneter Schranke auf die Eisenbahngleise. Ein Güterzug brauste heran, der Führer der Straßenbahn, der seine Geistesgegenwart verloren hatte, ließ den Wagen mitten auf den Schienen stehen und der Zug raste in die Straßenbahn hinein. Aus den Trümmern des Straßenbahnwagens wurden 2 Tote und 32 Verletzte, darunter mehrere mit lebensgefährlichen Wunden, geborgen.

Die Sturmflutkatastrophe in Japan.

Auch die Westküste von Mexiko schwer betroffen.

London, 14. September.

Nach Meldungen aus Tokio berichten japanische Blätter, daß die **Ortschaften Okishiu und Suniyeshi durch die Sturmflut von Kiushiu fast vollständig zerstört** worden seien. Die Zahl der Opfer sei noch nicht genau ermittelt, betrage jedoch mehrere hundert. Allein in Okishiu werden **153 Menschen vermißt.** Infolge der Unterbrechung sämtlicher Verbindungen fehlen noch Nachrichten aus zahlreichen anderen Ortschaften. Der Hafen von Nagasaki hat stark gelitten. Zahlreiche dort vor Anker liegende Schiffe sind gesunken. Die Reisernte der Insel ist vollständig zerstört. Der Sachschaden beläuft sich auf viele Millionen Yen. „Daily Expreß" berichtet aus Tokio, allein in Kuamamoto betrage **die Zahl der Toten 270** und die der Verletzten über 1000. 780 Häuser seien durch die Sturmflut fortgeschwemmt und 2000 Häuser unter Wasser gesetzt worden. Die Flut sei stellenweise bis drei Kilometer ins Innere des Landes eingedrungen und habe auf ihrem Wege alles zerstört. In Omura seien 5000 Häuser überschwemmt und 15 000 Einwohner obdachlos geworden. Der mit der Sturmflut verbundene Taifun hat auch andere Gegenden Japans und Koreas heimgesucht und dort große Schäden angerichtet. Am Mittwoch hat man **in Tokio außerdem ein Erdbeben verspürt.** Sämtliche Verbindungen mit der Umgebung, besonders mit Nagasaki, sind zerstört und selbst die Unterseekabel unterbrochen. Die Insel Kabaschima scheint am stärksten gelitten zu haben. Der Sturm raste von 10 Uhr bis 11,30 Uhr vormittags. In Koshima und Nagamura wurden je etwa 1000 Häuser zerstört. In Nakashima etwa 500. Zahlreiche Boote und Fahrzeuge wurden auf den Strand geschleudert.

London, 14. September.

Nach Meldungen aus New York hat ein starker Sturm, begleitet von einer Sturmflut, am vergangenen Montag die Westküste von Mexiko heimgesucht. **Zahlreiche Personen seien getötet und etwa 100 verletzt worden.** Tausende seien obdachlos. In Yalisco und Nayajoa werden zahlreiche kleine Wasserfahrzeuge vermißt.

Wieder ein Gattenmörder in Wien freigesprochen.

Vor dem Wiener Schwurgericht hatte sich der 44jährige Zimmermann Johann Cozik wegen Totschlags zu verantworten. Er hatte seine Frau in der Badewanne erwürgt. In der Verhandlung schilderte der Zimmermann ausführlich das Martyrium seiner Ehe. Seine Frau hatte mit dem Gatten ihrer eigenen Tochter Beziehungen unterhalten, auch fand er seine Frau mit einem Soldaten in der Küche. Die Geschworenen bejahten zwar die ihnen gestellte Frage auf Totschlag einstimmig, sprachen sich aber 6:6 zur Frage der Sinnesverwirrung im Augenblick der Tat aus, was nach dem österreichischen Gesetz als Verdikt für den Angeklagten gilt. Auf Grund dieses Verdiktspruches sprach der Gerichtshof den Gattenmörder frei.

Die Trümmer der „Old Glory".

New York, 14. September.

Zwei Funksprüche des Dampfers „Kyle" geben nähere Einzelheiten über die von dem Dampfer gefundenen Ueberreste des „Old Glory" wieder. Es handelt sich vor allem um 34 Fuß Flügelreste mit drei Benzinbehältern, kleinerem Drahthebel und Röhrenresten. Die Behälter enthielten noch große Mengen Benzin. Der Hauptkörper des Flugzeuges ist wahrscheinlich infolge des starken Anpralls auf das Wasser gewaltsam losgerissen worden und mit der Mannschaft untergegangen. Der Dampfer „Kyle" setzt trotzdem seine Suche weiter fort, weil er einmal noch andere Flugzeugteile zu finden hofft, andererseits noch mit der schwachen Möglichkeit rechnet, die Mannschaft im Rettungsboot zu finden. Bei dem hohen Seegang der letzten Zeit kann kaum damit gerechnet werden, daß sich das Rettungsboot hat über Wasser halten können.

Bundeskongreß des ADB.

Die heutige Vormittagssitzung des Bundeskongresses des ADB. begann mit einem Referat des Genossen Dr. Völter über die Besoldungsreform. Der Referent bedauerte, daß er noch keine genauen Unterlagen besitze darüber, wie sich die Besoldungsreform in der Praxis materiell für die einzelnen Besoldungsgruppen auswirke, und er sich darauf stützen müsse, was durch die Rede des Finanzministers Dr. Köhler in Magdeburg bekannt geworden sei. Es sei festzustellen, daß man bemüht gewesen ist, das im Sommer 1924

an den unteren Beamten begangene Unrecht

wieder gutzumachen. Zu begrüßen sei z. B., daß die sogenannte Schlüsselung dahin abgeändert werde, daß bei dem Aufrücken eines Beamten in eine höhere Besoldungsgruppe keine Herabsetzung des Besoldungsdienstalters mehr erfolgen soll. Dem Einbau der Frauenzulage in das Grundgehalt könne man ebenfalls im Prinzip zustimmen, jedoch muß den beabsichtigten Ledigenabzügen und der Beschränkung der Zulagen für uneheliche Kinder widersprochen werden.

Die beabsichtigte Zusammenlegung der Besoldungsgruppen dürfte für das Gros der Beamtenschaft kaum von Bedeutung sein, da sie nur für wenige Gruppen in Betracht kommen wird. Die geplante Einführung der Stellenzulage sei eine sehr unglückliche Lösung, da zu befürchten ist, daß dadurch

der Protektionswirtschaft Tür und Tor geöffnet

wird. Wenn schon das gesamte Diätarwesen eine ganz unwürdige Einrichtung ist, so erscheint es aber als eine ganz unmögliche Lösung, den Diätaren nicht die gleichen prozentualen Zulagen geben zu wollen wie den planmäßigen Beamten. Ungerecht sei es auch, daß die Besoldungsreform keine rückwirkende Kraft haben soll für die Altpensionäre. Es hat jedenfalls den Anschein, als ob man mit einigen materiellen Zugeständnissen eine

Rückwärtsrevidierung des gesamten Besoldungssystems

vorzunehmen beabsichtigt. Der Referent zeigte noch eine Anzahl von beabsichtigten Verschlechterungen auf und wandte sich zum Schluß gegen die Geheimniskrämerei des Reichskabinetts bei der Vorbereitung dieser Besoldungsreform. Es ist bedauerlich, daß man diese Geheimniskrämerei auch jetzt noch fortsetzt und den materiellen Inhalt der Vorlage nicht bekanntgibt, so daß den Beamtenorganisationen die Möglichkeit genommen ist, ganz positiv zu der Besoldungsreform Stellung nehmen zu können.

(Genosse Dr. Carl Herz, der bekannte Kommunalpolitiker und Bezirksbürgermeister, nicht, wie es irrig in unserem gestrigen Bericht hieß, Paul Hertz, hielt das große Referat auf der Tagung des ADB. über die Verwaltungsreform. Wir stellen das hiermit richtig).

Generalversammlung der Metallarbeiter.

Vergebliche Störungsversuche der Kommunisten.

In der Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter am Montag abend in den „Sophiensälen" entfachte die kommunistische „Opposition" zunächst eine Geschäftsordnungsdebatte, um ihre üblichen Anklagen gegen die „reformistische" Ortsverwaltung vorzubringen. In einigen Geschäftsordnungsanträgen kritisierten sie, daß die infolge der kommunistischen Dauerreden vertagte Generalversammlung des vorigen Quartals nicht schnellstens fortgesetzt worden sei und auch keine Lohnforderungen an den VBMI. aufgestellt worden wären. Sie verlangten die Einberufung einer Funktionärversammlung, die sich mit der Aufstellung dieser Lohnforderungen beschäftigen sollte.

Genosse Urich gab darauf die vom Metallkartell aufgestellten und von uns bereits mitgeteilten Forderungen bekannt, die den von den Funktionären AEG. Brunnenstraße aufgestellten Forderungen entsprechen und gegen die die Kommunisten sonderbarerweise nichts einzuwenden hatten. Sie hatten offenbar keine Anweisungen von ihren Drahtziehern. Genosse Urich teilte weiter mit, daß, sobald Verhandlungen stattgefunden hätten, die Funktionäre zu deren Ergebnis Stellung nehmen werden.

Dann erläuterte Genosse Tirpitz den gedruckt vorgelegten Kassenbericht für das zweite Quartal, worauf die Kommunisten wieder ihr Sprüchlein hersagten, das schon fast jeder Generalversammlungsdelegierte auswendig kann. Die Entlastung wurde wie immer gegen die Stimmen der Kommunisten erteilt.

Nunmehr wurde die Erledigung der Anträge, auch die zur vorigen Generalversammlung gestellten, vorgenommen. Abgelehnt wurden gegen die Stimmen der Kommunisten die Anträge, wonach in Zukunft der Besuch der Wahlkörperversammlungen durch Abstempelung ihres Mitgliedsbuches kenntlich gemacht und die Zusammenstellung der Erwerbslosenwahlkörper nach den abgerechneten Erwerbslosenmarken und den eingeschriebenen Erwerbslosen vorgenommen werden sollte. Eine längere Debatte entstand über den kommunistischen Antrag, der verlangte, daß alle Mitglieder aus dem Verbande ausgeschlossen werden sollen, die an Werkszeitungen mitarbeiten. Zu dieser Frage wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Kommunisten ein Abänderungsantrag der mittleren Ortsverwaltung angenommen, wonach der Hauptvorstand ersucht wird, eine Entscheidung über die Mitarbeit an Werkszeitungen zu treffen.

Mit aller ihnen zur Verfügung stehenden Beredsamkeit versuchten dann die Kommunisten die Versammlung von der „organisationsschädigenden" Bedeutung eines Antrages zu überzeugen, in dem verlangt wird, daß einseitig parteipolitische Anträge in Zukunft nicht mehr zur Beratung zugelassen werden sollen, weil dadurch die Werbetätigkeit der Organisation geschädigt wird. Trotz des Stimmenaufwandes der Kommunisten wurde auch dieser Antrag mit erdrückender Mehrheit angenommen.

Ein immer wiederkehrender alter Bekannter, und zwar der Antrag auf Einführung der Urwahl bei Neuwahlen der Ortsverwaltung und Angestellten, Beitragserhöhung usw. wurde durch Uebergang zur Tagesordnung natürlich gegen die Stimmen der Kommunisten erledigt. Ein weiterer kommunistischer Antrag, für dessen Annahme sich der Kommunist Niederkirchner mit einer Wärme einsetzte, die einer besseren Sache wert wäre, verlangte Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Metallarbeitern der Sowjetunion. Auch dieser Antrag wurde zum Leidwesen der Einheitsfrontapostel abgelehnt. Desgleichen neben einer Anzahl anderer Anträge auch der, in dem die Einsetzung einer Kommission verlangt wurde, die in der Rüstungsindustrie prüfen solle, welches und wieviel Kriegsmaterial hergestellt wird. Die Ortsverwaltung hat die Ablehnung dieses Antrages empfohlen, weil solche Erhebungen auf Grund von Verbandstagsbeschlüssen sowie Beschlüssen des Internationalen Metallarbeiterverbandes schon längst vorgenommen werden. Damit war die reichhaltige Tagesordnung erschöpft.

Zu der Versammlung sei nur noch bemerkt, daß die Art des Auftretens des Kommunisten Saefkow geradezu abstoßend wirkte. In seinem Bestreben, bei seiner Partei aufzufallen, um die Treppe hinauffallen zu können, wirft er mit Verleumdungen und faustdicken Lügen um sich. Genosse Urich tat recht daran, zu erklären, daß sich die Generalversammlung sowohl wie die Ortsverwaltung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen diese gewerkschaftsschädigende Art zur Wehr setzen und die Zügel in Zukunft etwas straffer zufassen wird.

Neues Lohnabkommen im Schuhmacherhandwerk.

Der von dem Schuhmacherverband neueingeschlagene Weg, mit den einzelnen Unternehmern Betriebstarife abzuschließen, weil mit den Innungen ein allgemeiner Lohntarif nicht mehr zustande kam, hat bereits Früchte getragen. Am 13. September wurde zwischen dem Schuhmacherverband und der Firma Robert Sieburth Söhne, mechanisches Schuhreparaturwerk, ein Abkommen getroffen, das einen Mindeststundenlohn für männliche Zeitlohnarbeiter über 21 Jahren von 1 Mark die Stunde vorsieht. Alle Arbeiter, die bereits 1 Mark und mehr im Zeitlohn verdienen, erhalten eine Lohnzulage von 5 Proz. Bei Einführung der Akkordarbeit und von neuen Akkordsätzen sind diese unter Mitwirkung der Gewerkschaft zu vereinbaren und die bisherigen Stundenlöhne für die Zeitdauer von vier Wochen garantiert. Der bisherige Mindeststundenlohn betrug 90 Pf. Das Abkommen kann von beiden Parteien jederzeit gekündigt werden.

Dieser Erfolg konnte in wenigen Tagen erzielt werden, weil sich die Kollegen restlos der Gewerkschaft angeschlossen hatten. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß weitere Verbesserungen der Verdienste in absehbarer Zeit erreicht werden. Dem Beispiel der Arbeiter dieses Betriebes sollten alle Schuhmacher der Reparaturwerkstätten folgen.

Der Kampf im mitteldeutschen Bergbau.

Die „Zwangslage" der Unternehmer.

Durch die TU. lassen die Unternehmer ihre Antwort verlauten auf die Aufforderung der Verbände zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses. Die Gewerkschaften hätten damit trotz Bestehens eines Tarifvertrages und ohne Aufschub der vorhandenen Verhandlungsmöglichkeiten den Weg des Kampfes beschritten. In dem Aufruf wurde verschwiegen, daß die Arbeitgeber in den Verhandlungen vom 9. September auch ihrerseits eine Lohnaufbesserung für wünschenswert erklärt haben.

„Der alte Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung von 3 Proz. vorsah, wurde im Hinblick auf die unveränderten Kohlenpreise, die für eine Lohnerhöhung keinen Raum lassen, nicht für verbindlich erklärt. Da die Braunkohlenindustrie nach der abgelehnten Verbindlichkeitserklärung trotz inzwischen eingetretener Selbstkostensteigerung die alten Löhne freiwillig weitergezahlt hat, und die Kohlenpreise inzwischen keine Aufbesserung erfahren haben, ist die Zwangslage des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus klar, der sich nicht in der Lage sieht, Lohnerhöhungen ohne Ausgleich im Kohlenpreis zu gewähren."

Als ob das Manöver der mitteldeutschen Bergherren nicht längst durchschaut wäre! Es ist eine Lüge, wenn die Herrschaften erklären, sie könnten die von ihnen angeblich für „wünschenswert" erklärte Lohnaufbesserung nicht zahlen, ohne Kohlenpreiserhöhung. Sie wollen die Brikettpreise erhöht wissen, den Arbeitern dann ein paar Pfennige Lohnzulage machen und die Millionen aus dem geplanten großen Fischzuge in ihre Taschen stecken.

Moskaus Bannfluch.

Gegen die englischen Gewerkschaftsführer.

WTB. meldet aus Moskau: Der allrussische Zentralrat der Berufsverbände veröffentlicht in der „Prawda" einen Aufruf an die Arbeiter Englands und der Sowjetunion, der die Führer des Generalrats der Gewerkschaften als Feinde der Geschlossenheit der Arbeiterbewegung und als Unterstützer der Reaktionäre bezeichnet. Die englischen Kapitalisten und Verräter Thomas, Hicks und Citrine hätten das englisch-russische Komitee mit ihrem Hasse verfolgt, weil es immer das Interesse der englischen Arbeiter und der Arbeiter der ganzen Welt wahrgenommen habe. (?) Der Aufruf schließt mit einer Aufforderung zum brüderlichen Zusammenschluß (!) aller Arbeiter und mit einer Kampfesansage an den Kapitalismus.

Konflikt in der sächsischen Textilindustrie.

Aus Chemnitz meldet die TU.: Die am 13. September zwischen dem Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie und dem Deutschen Textilarbeiterverband geführten Lohntarifverhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Die Verhandlungen scheiterten daran, daß die Arbeitnehmer über die verschiedenen gekündigten Tarife Einzelverhandlungen forderten, was von Arbeitgeberseite abgelehnt wurde. Wann neue Verhandlungen stattfinden werden, steht noch nicht fest.

Verhandlungen in der Krefelder Seidenindustrie.

In dem Tarifstreit in der Krefelder Seidenindustrie, der nun bereits 6 Wochen die Arbeit in den Krefelder Textilfabriken stillgelegt hat, ist nunmehr vom Reichsarbeitsministerium in der Person des Oberlandesgerichtsrats Dr. Siller ein Schlichter bestellt worden. Die Schlichtungsverhandlungen sind auf Freitag, den 16. September, in Köln angesetzt.

Der Tarifvertrag für das Rohrlegergewerbe der Stadtgemeinde Berlin ist für allgemeinverbindlich erklärt. Der Reichsarbeitsminister hat unter dem 7. September die entsprechende Entscheidung getroffen.

Wirtschaft

Die Juteindustrie verdient und jammert.

Die Politik des Jutesyndikats ist der Arbeiterschaft als besonders rücksichtslos bekannt. Die Stillegung der Bautzener Betriebe mit seiner tausendköpfigen Belegschaft nur aus Gründen der Preishochhaltung und die Maßnahme zur Produktionsdrosselung sind noch in frischer Erinnerung. Die seit dem Frühjahr dieses Jahres kürzlich zum vierten Male vorgenommene Preiserhöhung für Fertigfabrikate gliedert sich dieser Politik würdig ein. Wenn die Juteindustrie bei diesen Preiserhöhungen auf die jetzt gestiegene Rohstoffkosten hinweist, so spekuliert sie dabei nur auf das kurze Gedächtnis der Oeffentlichkeit, denn in den Frühjahrsmonaten konnten sich die Jutefabriken zu bedeutend ermäßigten Preisen mit Rohstoffen eindecken, so daß für die Preisaufschläge auf die Fertigfabrikate absolut kein Grund vorlag.

Der jetzt vorliegende Abschluß der Braunschweigischen A.-G. für Jute- und Flachsindustrie zeigt, daß die Jutefabrikanten sich bei dieser Politik ausgezeichnet stehen. Das Unternehmen weist mit 225 000 M einen mehr als verdreifachten Reingewinn aus und zahlt nach dem dividendelosen Abschluß im Vorjahr auf das erhöhte Aktienkapital von 2 Millionen 6 Proz. Dividende aus. Die Steuern und Abgaben konnten mit 95 000 M. auf die Hälfte und die sozialen Lasten von 121 000 auf 92 000 M. ermäßigt werden. Die Anlagen, die mit 1,2 Millionen Mark bewertet sind, weisen erhebliche Zugänge von fast 100 000 M. auf, die auf Betriebsumstellungen zurückzuführen sind. Unter dem Einfluß der herrschenden Konjunktur und durch die im Frühjahr vollzogene Kapitalerhöhung von 800 000 M., die neben einer Erneuerung der Anlagen zur Schuldenabdeckung dienen sollte, hat sich die finanzielle Lage des Unternehmens sehr gebessert. Von den 1,75 Millionen Mark Schulden konnte über eine Million zurückgezahlt werden, wodurch die Zinslasten mit 49 000 M. fast um die Hälfte verringert werden konnten. Für flotten Absatz spricht die Senkung der Vorräte von 1,2 auf 0,9 Mill., wogegen die Bankguthaben mit fast 370 000 M. den zehnfachen Betrag ausweisen. Außerdem spricht für die Steigerung des Umsatzes der mit 526 000 M. verdreifachte Wechselbestand. Den 1,1 Millionen Forderungen des Vorjahres, die nur 60 Proz. der Schulden deckten, stehen also insgesamt 1,5 Millionen Forderungen gegenüber, die den ausgewiesenen Schuldenbetrag doppelt decken. Die Reserven des Unternehmens, die durch Zuführung des Aufgeldes aus der Kapitalerhöhung auf 545 000 M. stiegen, betragen damit über 25 Proz. des Aktienkapitals.

In einem merkwürdigen Gegensatz zu diesem ausgezeichneten Abschluß steht der Geschäftsbericht, in dem die Verwaltung wegen der noch „keineswegs gefestigten Lage der deutschen Juteindustrie sich gegen etwaige Zollherabsetzungen wendet, die zu einer erneuten verschärften Krise in der Jutefabrikation führen müsse. Der Hinweis auf das Problem der Ueberproduktion — so wie die Juteindustrie sie auffaßt — läßt darauf schließen, daß das Jutesyndikat zur Aufrechterhaltung der erhöhten Preise eine erneute Drosselung der Produktion in Erwägung zieht.

Die Kartellflut wächst. Die Verbände der deutschen Dachziegelindustrie haben den Zusammenschluß sämtlicher Einzelverbände der deutschen Dachziegelindustrie in einen einzigen Fachverband vollzogen. Der neue Zentralverband der deutschen Dachziegelindustrie, der den Namen „Verband der deutschen Dachziegelindustrie" führen wird, hat seine Spitzenvertretung im Reichsverband der deutschen Ziegel- und Tonindustrie. Beide Verbände werden in Personalunion miteinander verbunden sein. Auf den Wohnungsbau wird dieser Zusammenschluß nicht ohne schädliche Folgen sein. Werden der Reichswirtschafts- und der Reichsarbeitsminister diesen Folgen vorzubeugen bedacht sein?

Für das Vertrauen deutscher Kommunalanleihen im Ausland zeugt der Erfolg der neuen Nürnberger Dollaranleihe. Wie aus New York gekabelt wird, war die heutige Zeichnungsauflage der Nürnberger Anleihe von fünf Millionen Dollar ein glänzender Erfolg. In New York mußten die Zeichnungslisten schon 45 Minuten nach Eröffnung der Zeichnung wieder geschlossen werden.

Aus der Partei.

Die Septembernummer der „Arbeiterwohlfahrt" bringt in einem Leitartikel „Weibliche Polizei" von Frau Josefine Erkens eine Uebersicht über die Entwicklung der weiblichen Polizei und die in ihr noch zu lösenden Aufgaben. Genosse Dr. Siegfried Bernfeld verdeutlicht in „Die psychologischen Grundlagen der Gefährdetenfürsorge" an einigen Beispielen die Beziehungen zwischen psychischen und sozialen Ursachen. In der „Umschau" behandelt Genosse Beyer den Entwurf des preußischen Irrenfürsorgegesetzes; Genossin Ryneck gibt einen Bericht über den 31. Deutschen Krankenkassentag. Zum Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten berichtet Genossin Kurgaß in einem Artikel „Von peinlichen Vernehmungen, Polizeibeamtinnen und kommenden Sorgen" über zurzeit noch bestehende Unzulänglichkeiten. Hieran schließen sich die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Preußen und die von der Vereinigung großstädtischer Jugendämter über „Die Mitwirkung der Jugendämter bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Prostitution" aufgestellten Richtlinien an. Unter der Rubrik „Aus der Arbeiterwohlfahrt" berichtet Genossin Wachenheim über die „Verfassungsfeier in der Kinderrepublik Seekamp". Mitteilungen des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt und eine Zeitschriftenschau bilden den Schluß dieser Nummer.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernstein; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Kapitän-Kautabak
die Marke der Feinschmecker
verlangen Sie ausdrücklich überall.
C. Röcker, Berlin, Lichtenberger Str. 22 (an der Landsberger Str.) Kgst. 3861.

Elektrische Anlagen
10-12 Monatsraten, ev. auch ohne Anzahlung
2 Zimmer 65.—, 3 Zimmer 80.— 4 Zimmer 100.— M. einschl. Küche, Korridor und Bad.
Vertreterbesuch und Kostenanschläge unverbindlich!
G. Joh. Reincke & Co.
Geprüfter Elektromeister
Berlin-Schöneberg, Mäxstraße 6. Stephan 8270.

SHERLOCK-GES. m. b. H.
jetzt: Hackescher Markt 2-3 I. Norden 4791—93

Schaufenster-Tapete!
Alle Eigenmuster ohne Zwischenhandel.
Sächsische Tapeten-Industrie,
Berlin W., Wilhelmstr. 44, zwischen Leipziger u. Zimmerstr.

Fleisch- und Wurstwaren-Verkauf
Billig und gut **Thaerstr. 40** Billig und gut
geöffnet von 8—3 Uhr, Freitags und Sonnabends 8—7 Uhr
Schönhauser Allee 33 geöffnet von 8—1, 4—7 Uhr

Korbmöbel! Sonderangebot!

An Private zu Engrospreisen. Eigene Fabrikate in gediegenen Ausführungen kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulze
Mondijouplatz 12, Hof part.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon: Alexander 4112

Wirklich gute und doch billige

BETTFEDERN
keine Rohware, sondern haltbare, gründlich gereinigte (gewaschene), daher garantiert staub- und keimfreie Sorten.
Welche graue **Rupfedern** per Pfund Mk. 0·50, hellere Mk. 0·85, **Rupfhalbdaunen** Mk. 1·40, weißer dauniger Rupf Mk. 1·90, **weiße Rupfhalbdaunen** Mk. 3·80, **weiße Prachthalbdaunen** Mk. 5·40, **füllkräftige Daunen** Mk. 5·80, **weiße Daunen** Mk. 7·—, **weiße Primadaunen** Mk. 9·80, **weißer** (gerissener) **Schleißhalbflaum** Mk. 2·—, 3·50 und 5·50. **Fertige gefüllte Oberbetten:** Mk. 8·—, 9·30, 11·40 und 14·70, **Unterbetten**, gut gefüllt, Mk. 6·30, 7·45, 9·20 und 11·85; **gefüllte Kissen** Mk. 2·65, 3·05, 3·95 und 5·30, **ganzes Gebett** (Oberbett, Unterbett und Kissen) von Mk. 16·95 aufw. Bestellungen von Mk. 20·— aufw. portofrei. Umtausch gestattet. Preisliste und Muster kostenfrei.
H. SANNEMANN, Berlin N., Rosenthaler Straße 9/13.
für Oesterreich: Wien XIV., Ullmannstr. 67, für Tschechoslowakei: Plana 117.

Ohne Anzahlung
Landparzellen bei Lindenberg Ahrensfelde
qm 0,80—1,00 M., monatlich 20.— Abzahl.
Verkauf Heim, Berlin, Bötzowstr. 38.

Ischias
Spezialbehandl. nur für schwere Fälle bewährt worden. Gute Erfolge. Entlassung und Heilung. Ärztl. empfohlen. Invalidenstraße 106. 9-11, 1-4. Sonntag 10-12. Jansky
in Bett, Gesicht und Bein, wenn ärztl. festgestellt. In 15 Tagen sind